

Mai 2020

Auslandsbüro Mexiko

RONA

blog

Análisis semanal

MÉXICO

Monatsrückblick Mai 2020

Ann-Kathrin Beck, Hans-Hartwig Blomeier

Der „Corona Blog“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko erscheint in spanischer Fassung in wöchentlicher Auflage. Die Originalbeiträge werden von Natalia Arriaga, Patricio Garza, Jatziry Herrera, Ilse Reyes, Luis Téllez und Eduardo Walsh verfasst und analysieren die Ereignisse im Kontext der COVID-19-Pandemie in Mexiko. Sie finden den wöchentlichen Blog mit allen Quellenangaben hier: <https://www.kas.de/es/web/mexiko/statische-inhalte-detail/-/content/blog-kas>

Im Folgenden lesen Sie die monatliche Zusammenfassung in deutscher Sprache.

Überblick

	Bestätigte Fälle	Aktive Fälle	Todesfälle
1. Mai 2020	20.739	6.390	1.972
31. Mai 2020	90.664	16.962	9.930

Im Laufe des Monats Mai entwickelte sich **Lateinamerika** zum **Hotspot der Coronapandemie**, so auch Mexiko. Bei minimalen Testzahlen (bis Ende Mai wurden nur 274.997 von 126 Millionen Mexikanern getestet) und der weiterhin höchsten Sterberate Lateinamerikas, **steigen die Fallzahlen exponentiell**.

Die Regierung verlässt sich weiterhin auf das inzwischen **fragwürdige „Modelo Centinela“**, ein mathematisches Modell, das den Krisenverlauf voraussagen soll. Allerdings wurde der voraussichtliche Höhepunkt der Krise in Mexiko mehrfach verschoben und wird inzwischen überhaupt nicht mehr angegeben. Weiterhin ist die **Datenlage in Mexiko sehr schwach**. Anfang Mai berichteten mehrere, v.a. ausländische, Medien von überfüllten Krankenhäusern

und überlasteten Bestattungsunternehmen. Experten gehen davon aus, dass in Mexiko bereits jetzt über eine Million Personen infiziert sind.

Trotz der kritischen Lage wurde am **31. Mai das Ende der „Jornada de Sana Distancia“** und damit des bisherigen Ausnahmezustands verkündet. An deren Stelle tritt die **„Neue Normalität“ ab dem 1. Juni**, in der das Land nach einem Ampelsystem wieder geöffnet werden soll, dies wird allerdings je nach spezifischer Lage auf der Ebene der Bundesstaaten differenziert umgesetzt. Zur Bestimmung der Ampelfarbe für die Bundesstaaten und Gemeinden, wird die **Situation nach vier Kriterien eingeschätzt**: Krankenhausbelegung, Tendenz von Neuaufnahmen in Krankenhäusern, Reproduktionszahl, Anteil der positiven Fälle gemessen an der Bevölkerung.

Am letzten Wochenende vor der „Neuen Normalität“, befanden sich jedoch **31 von 32 Bundesstaaten im roten Bereich**. Somit können nur die essenziellen Sektoren ihre Arbeit wiederaufnehmen, eine weitere Öffnung wird nicht empfohlen.

Einen Streitpunkt stellte die Frage nach der Öffnung der Schulen dar. Diese hätten bereits am 1. Juni wieder öffnen sollen. Aufgrund großer Proteste der Gouverneure soll nun aber das **laufende Schuljahr mit rein virtuellem Unterricht im Juli enden** und dann Ende des Sommers der reguläre Schulbetrieb mit Präsenzbetrieb wieder beginnen.

Kommunikation

Die ständige Verschiebung des Infektionshöhepunktes, die Vorwürfe von internationalen Zeitungen, Mexiko würde bewusst Zahlen verschweigen, und die Kritik von Gouverneuren an dem Krisenmanagement der Bundesregierung, wurde durch **widersprüchliche Aussagen** der Regierung befeuert und führten zu Verunsicherung in der Bevölkerung.

AMLO versuchte aber weiterhin klar zu machen, dass die Regierung die Situation vorbildlich lösen würde, den Virus „gebändigt habe“ und die Situation unter Kontrolle sei. Er warnte dabei vor einer **„Infodemia“** und vor Fake-News seiner politischen Gegner und bezog sich mehrfach auf die **angebliche „Krise des neoliberalen Systems“**, als wäre dieses der Auslöser der aktuellen Krise und nicht die Pandemie. Interessanterweise erholten sich die **Umfrageergebnisse** des Präsidenten minimal, dennoch liegt die Zustimmung noch immer **unter 50%**. Am 30. Mai kam es zu massiven Protestkundgebungen in zahlreichen Großstädten gegen den Präsidenten – mit sicherem Abstand aus ihren Autos heraus. Davon unbeeindruckt, möchte der Präsident ab dem 1. Juni wieder im Land reisen und Arbeitstreffen durchführen.

Bundespolitik

Im Verlauf des Monats Mai wurde zudem ersichtlich, dass der Präsident versuchte, die **Gewaltenteilung** im Land weiter aufzuweichen. Das mexikanische Parlament wies den Vorstoß der Regierung, die Legislative in Zukunft nicht mehr an Budget-Umschichtungen zu beteiligen, sondern diese direkt über das Finanzministerium abzuwickeln, allerdings entschieden zurück. Auch das unabhängige, nationale Wahlinstitut INE wehrte sich gegen einen Vorschlag des Wirtschaftsministeriums, die Arbeit des INE in Zukunft stärker zu überwachen.

Die einzigen staatlichen Unterstützungsprogramme „Créditos a la palabra“ und „Créditos solidarios“, die insgesamt **zwei Millionen Mikro-Kredite** für Mexikaner im formellen und informellen Sektor bereitstellen sollen, sind inzwischen angelaufen, werden aber keinesfalls die Effekte der Krise signifikant mildern können.

Im Gesundheitssektor kam es zu **Unregelmäßigkeiten beim Kauf von medizinischer Ausrüstung**. Es wurde bekannt, dass Verträge an den Sohn des Direktors des staatlichen Elektrizitätskonzerns CFE vergeben wurden, dass die staatlichen Institutionen deutlich über

Marktpreis einkaufen, und, dass Geräte fehlerhaft sind und zurückgegeben werden mussten. Außerdem kam es zu weiteren Protesten von Gesundheitspersonal, das sich im Stich gelassen und überlastet fühlt. Weiterhin kam es zu tätlichen Angriffen auf und Entführungen von medizinischen Angestellten.

Doch auch darüber hinaus nimmt die Gewalt in Mexiko weiterhin stark zu, was auch die Rekordzahl von 11.535 Mordfällen allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2020 belegt (Zum Vergleich: Die Zahl im gleichen Zeitraum 2019 lag bei 11.266). Ursprünglich war AMLO mit dem Wahlversprechen „Abrazos no Balazos“ (Umarmungen, keine Schüsse), und somit der Idee der Entmilitarisierung der Sicherheit in Mexiko, angetreten, doch im Mai wurde der **Einsatz des Militärs zur Wahrung der inneren Sicherheit konstitutionell verankert**. Das Militär wird schon seit 2006 dazu eingesetzt, doch der Verfassungsrang ist neu. Experten und Bürger sind beunruhigt, da dieses Vorgehen mindestens bis zum Ende der Legislaturperiode 2024 fortgesetzt werden soll.

Länder und Kommunen

In Bezug auf die Rückkehr zur „Neuen Normalität“ kam es zu Zuständigkeitsstreits mit dem Gesundheitsministerium. Letztendlich setzten sich die Gouverneure und Bürgermeister durch und werden **das Ampelsystem auf lokaler Ebene nun eigenständig interpretieren und implementieren**. Darüber hinaus ist die **mangelnde finanzielle Unterstützung durch die Nationalregierung** noch immer ein Problem für die Bundesstaaten. Inzwischen hat der Präsident seine grundlegende Bereitschaft signalisiert, den mexikanischen **Fiskalpakt** mit den Gouverneuren zu besprechen, rief jedoch zusätzlich zur **Sparpolitik** auf und wies die Bundesstaaten an, sich nicht weiter zu verschulden.

Die Gouverneure organisieren sich weiterhin in **Regionalverbänden**, hierbei stechen insbesondere die Alianza del Centro Bajío-Occidente und die Alianza Noreste heraus, die die wirtschaftsstärksten Regionen in Mexiko vertreten. Letztere setzte sich insbesondere für den Automobilssektor ein, der ein Garant für Einkommen im Norden ist und für die in den USA wieder anlaufende Produktion unbedingt notwendig ist.

Auf kommunaler Ebene fühlen sich die Bürgermeister noch immer allein gelassen. Prinzipiell hätten schon am 18. Mai 269 „**Municipios de la Esperanza**“ (Kommunen der Hoffnung) ohne Corona-Fälle den Normalbetrieb aufnehmen dürfen, doch erst verschoben die zuständigen Gouverneure diesen Schritt auf den 1. Juni, dann wurde bekannt, dass fast die Hälfte der Kommunen inzwischen Corona-Fälle verzeichnet und doch nicht geöffnet werden kann.

Rechtsstaat und Menschenrechte

Aufgrund der **Freiwilligkeit der Ausgangssperren**, sind die Mexikaner in ihren Grundrechten wenig eingeschränkt, doch einige Bundesstaaten greifen hart durch. So wurde zum Beispiel ein Gesetzesvorstoß mit strengen Sanktionen in Querétaro von der nationalen Menschenrechtskommission (Comisión Nacional de Derechos Humanos, CNDH) gestoppt. Bis Mitte Mai gingen bei der CNDH außerdem mehr als 700 öffentliche Beschwerden wegen **Menschenrechtsverletzungen** ein. Hierbei wurden der Mangel an Medizin, der schlechte Zustand der Gesundheitseinrichtungen, diskriminierende Behandlung, Verstöße gegen die Arbeitsgesetzgebung und Gewalt gegen medizinisches Personal als häufigste Gründe genannt.

Während der Oberste Gerichtshof bis zum 30. Juni keine **Prozesse** abhalten wird, wollen Gerichte auf unteren Ebenen schon **nach Pfingsten wieder im Gerichtssaal** sitzen. Für die Zwischenzeit wurde die Anzahl der Angelegenheiten, die **virtuell** abgehandelt werden können, noch einmal erhöht. Außerdem soll der Oberste Gerichtshof nicht wie üblich im Juli eine Sommerpause einlegen, sondern anfangen, den Rückstau an Prozessen aufzuarbeiten.

UNICEF vermeldete einen großen Anstieg der **häuslichen Gewalt**, unter der inzwischen 60% aller mexikanischen Kinder leiden. Seit dem 28. März seien 115.614 Notrufe eingegangen, dieses Bild bestätigen auch lokale NGOs. Doch die **Position von AMLO zu diesem Thema bleibt fragwürdig**: Er behauptete Anfang Mai, der starke familiäre Zusammenhalt in Mexiko würde häusliche Gewalt zu einem Ding der Unmöglichkeit machen und 90% der Hilfsanrufe seien falsch. Auch eine Kampagne des Frauenministeriums sorgte für Kritik: Zur Verhinderung von häuslicher Gewalt wird dort zur Methode „Zähl bis 10“ aufgerufen, zur Deeskalation mag dies sinnvoll sein, die Gewalt wird aber nicht klar verurteilt, es werden keine Schutzmechanismen aufgezeigt und es gibt neben dem allgemeinen Notruf „911“ auch **keine spezifische Anlaufstelle**. Dies mag daran liegen, dass es an den notwendigen Protokollen, Institutionen und Prozessen in Mexiko nach wie vor fehlt.

Besonders prekär ist auch die **Situation von Migranten**, insbesondere aus Zentralamerika, die seit Monaten in Mexiko gestrandet sind und nur unzureichend versorgt werden können.

Wirtschaft

Die mexikanische Wirtschaft rutscht immer weiter in die Krise. Offiziellen Angaben zu Folge, fielen die mexikanischen Exporte im April um 40,93%, der extremste Fall seit 1986. Mit einem Volumen von 23 Milliarden USD **erreichen die Exporte den niedrigsten Wert seit 2010**. Auch für Mai sieht die Lage nicht gut aus. Am Schlimmsten traf der Rückgang den Erdölsektor (66,4 %) und den Automobilsektor (79,1%). Deshalb haben es die Nationalregierung und vor allem die Regierungen der Bundesstaaten mit Automobilindustrie eilig, den Betrieb wiederaufzunehmen. Seit dem 18. Mai laufen die Vorbereitungen. Es gibt **strenge Auflagen und erhöhte Sicherheitsprotokolle für die essenziellen Sektoren**. Werden diese eingehalten, kann **ab dem 1. Juni wieder produziert werden**.

Doch auch mit diesen Maßnahmen, sehen die Prognosen schlecht aus. Die Nationalbank senkte den **Leitzins auf 5,5%** (Februar 2020: 7,5%). Nach **Herabstufungen in internationalen Kreditratings**, veröffentlichte JPMorgan im Mai eine Diagnose laut der Mexiko 2022 der Investitionsgrad komplett abgesprochen werden könnte – Aussichten, die abschreckend auf Investoren wirken. Die Bank von Mexiko geht von einem **Rückgang des BSP von bis zu -8,8% für 2020** aus. AMLO hat dies öffentlich zurückgewiesen und hält an seiner Wachstumsprognose von +4% für 2020 fest. Außerdem schlug er vor, einen **alternativen Indikator für Wohlstand**, der über rein wirtschaftliche Komponenten hinausgeht, zu nutzen.

AMLO weigert sich weiterhin, die Wirtschaft zu stimulieren und Schulden aufzunehmen. Sozialprogramme sollen aus der Auflösung von föderalen Treuhandfonds (fideicomisos) finanziert werden. Dabei wird gerade geprüft, ob diese überhaupt aufgelöst werden dürfen, da deren Verwendungszwecke meist dringend notwendig sind (Katastrophenschutz, Forschung, Sport, Pensionen), auch wenn mangelnde Rechenschaftspflicht und Verwaltung verbessert werden müssen. Hinzu kommt, dass das mexikanische Statistikinstitut davon ausgeht, dass durch die Krise die Armut steigen wird und in den nächsten Monaten insgesamt **31,7 Millionen Mexikaner in extremer Armut** leben werden. Auch die relative Armut wird sich erhöhen und bereits in den kommenden Monaten bis zu 71 Millionen Mexikaner betreffen.

Auch die jüngsten Regierungsmaßnahmen im **Energiesektor** sind alarmierend und riefen heftige, auch internationale Reaktionen hervor: Bereits Anfang Mai hatte die zuständige Bundesbehörde **Testläufe für bereits bestehende Wind- und Solarkraftanlagen ausgesetzt**, was den letzten Schritt darstellte, um diese ans Stromnetz anzuschließen. Dies bedeutet allerdings einen Verstoß gegen geltende Verträge. Das Energieministerium argumentierte, dass „unzuverlässige“ erneuerbare Energiequellen nicht die derzeit notwendige Energiesicherheit bieten könnten. Es besteht aber vielmehr der Verdacht, dass die **staatlichen Kraftwerke und der staatliche Stromkonzern CFE gefördert** werden

sollen, für die gleichzeitigen Umweltschutz-Auflagen gelockert wurden. Die Maßnahmen stießen auf massive **Gegenwehr**: 19 **EU-Botschafter** und die kanadische Botschaft wandten sich in offenen Briefen an die Energieministerin, die Dachorganisation der europäischen Handelskammern, **EUROCAM**, (vertritt 18.000 Unternehmen und 30% der ausländischen Investitionen im Land) schrieb an das Wirtschaftsministerium, zahlreiche **Gouverneure** kritisierten das Regierungsvorgehen. Die betroffenen Unternehmen selber legten auf dem Rechtsweg Einspruch ein – mit Erfolg: 23 von 44 Projekten konnten inzwischen ihre Tests wiederaufnehmen. Die Signalwirkung dieses unberechenbaren Vorgehens der Regierung ist jedoch fatal, nicht nur für den Energiesektor, auch andere, **dringend benötigte private und ausländische Investoren werden abgeschreckt**.¹

Internationale Beziehungen

Die globale Krise hat dazu geführt, dass Mexiko seine außenpolitische Rolle zögerlich neu justiert. Unter der Führung von Mexiko, das gerade den Vorsitz innehat, schloss sich die Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños, **CELAC**, auf einem UN-Gipfel am 4. Mai der „**Global Response**“ an und versprach Hilfsmittel. Außerdem setzte Mexiko das Thema „**Neue Globale Wirtschaft**“ auf die Agenda der CELAC.

Außenminister Marcelo Ebrard vereinbarte **Rückholaktionen** für mehr als 10.000 Mexikaner, schloss sich internationalen Bemühungen zur Herstellung neuer Impfstoffe an und organisierte die **Lieferung von medizinischen Gütern**. Dazu zählt eine **Luftbrücke mit China**. 14 von 20 Flügen mit Beatmungsgeräten, Schutzkleidung und Tests sind bereits in Mexiko angekommen. Auch wenn, oder gerade weil Chinas Einfluss in Mexiko nicht so groß ist, wie in anderen lateinamerikanischen Ländern, wurden die Lieferungen medial groß inszeniert. Angesichts des Auftragsvolumens von knapp 60 Millionen EUR ist nicht davon auszugehen, dass China uneigennützig handelt.

Die **Beziehung zu den USA bleibt zentral und durchwachsen**. Im nördlichen Nachbarland unterstützte Mexiko erkrankte Landsleute und hat inzwischen 32 Konsulate wiedereröffnet. Die US-Amerikaner lieferten medizinische Güter. Man versuchte die wirtschaftliche Öffnung zu koordinieren. Doch Präsident Donald Trumps „Twitterdiplomatie“ richtete sich auch gegen Mexiko: Die Mauer an der Südgrenze schütze im Zweifelsfall auch vor Corona. Nach wie vor denkt die US-Regierung über die Begrenzung der Migration nach und für nicht-essenzielle Aktivitäten bleibt die USA-Mexiko-Grenze noch bis zum 22. Juni geschlossen.

Die **EU** kann sich gegen die US-amerikanische Übermacht nur schwer behaupten, politisch wie ökonomisch. Im Rahmen von unterschiedlichen Projekten haben sich die Mitgliedsstaaten jedoch zu fast **8 Millionen EUR an Hilfsleistungen** verpflichtet. Außerdem schickten 15 EU-Botschafter und die EU-Delegation am 15. Mai eine Nachricht der Verbundenheit an die Mexikaner. Der Menschenrechtsdialog zwischen Mexiko und EU wird auch in Zeiten von Corona aufrechterhalten.

¹ Mehr Informationen zur Energiepolitik in Mexiko finden Sie im aktuellen Länderbericht der KAS Mexiko „Nostalgie statt Zukunft“, hier: <https://www.kas.de/de/web/mexiko/laenderberichte/detail/-/content/nostalgie-statt-zukunft>



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier
Leiter Auslandsbüro Mexiko
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/mexiko   @kasmexiko

hans.blomeier@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)